

IN NRW FEHLEN JÄHRLICH BIS ZU 51.000 BEZAHLBARE WOHNUNGEN

In den städtischen Ballungsgebieten, aber auch im ländlichen Raum herrscht akuter Mangel an bezahlbaren Wohnungen. Die Frage, wie und wo wir wohnen – und zu welchen Kosten, ist längst zur sozialen Frage unserer Zeit geworden.

Der Bestand an Sozialwohnungen schrumpft kontinuierlich weiter. Gab es im Jahr 2000 noch ca. 888.000, sind es heute nur noch rund 430.000.

Auch die Zahl der gebauten Neuwohnungen mit sogenannter „Mietpreisbindung“ geht immer weiter zurück (6.726 Wohneinheiten in 2023). Seitdem die CDU in NRW regiert, ist sie um fast 30 Prozent gesunken! Dafür sind die Mieten so hoch wie nie.

In diesem Jahr hat die CDU-geführte Landesregierung sogar veranlasst, dass die Mieten für Sozialwohnungen teurer werden. Um bis zu 10,5 Prozent sind die Mietobergrenzen für Mieterinnen und Mieter öffentlich geförderter Wohnungen erhöht worden.

WOHNEN IST IN NRW EIN LUXUSGUT GEWORDEN.

Das darf es nicht sein. Wohnen ist ein Menschenrecht – und muss es bleiben. Dafür setzen wir uns ein.

Herausgeberin:

Anja Butschkau MdL, Brüderweg 10-12, 44135 Dortmund, Tel.: 0231 / 58 56 18,

E-Mail: anja@anja-butschkau.de, Internet: www.anjabutschkau.de



Wenn es um bezahlbaren Wohnungsbau geht, könnten die Positionen von CDU und SPD nicht weiter auseinanderliegen.

CDU

Seitdem die CDU in NRW regiert, wurde der Mieterschutz immer weiter zurückgefahren. Zurzeit gilt er nur noch in 18 von 396 Städten und Gemeinden Nordrhein-Westfalens.

Die CDU plant, Mieten für Sozialwohnungen zu erhöhen. Das heißt: Bei einer Bewilligungsmiete von knapp unter 8 Euro zuzüglich drei Euro Heizungs- und Nebenkosten zahlt eine vierköpfige Familie bei 80 m² Wohnfläche mehr als 900 Euro im Monat nur fürs Wohnen.

Wenn es nach der CDU und Bauministerin Scharrenbach geht, sollen sich allein die Kommunen um den Bau von Wohnungen vor Ort kümmern.

Die Förderung von Wohneigentum wird von der CDU immer ganz hochgehalten. In der Praxis sieht die Welt aber anders aus. So hat die schwarz-grüne Landesregierung ein Förderprogramm zum Erwerb von selbst genutztem Wohneigentum auslaufen lassen. Die Folge: Im Jahr 2023 wurden durchschnittlich nur ca. vier Wohneinheiten pro NRW-Kommune öffentlich gefördert.

SPD

Wir wollen vollen Mieterschutz wieder für alle Menschen in NRW. Dazu gehört auch die Einrichtung kommunaler Prüfstellen zur Einhaltung der Mietpreisbremse.

Wir sagen NEIN zu solchen Plänen. Wohnen darf kein Luxusgut werden. Sozialwohnungen müssen erschwinglich bleiben.

Wir fordern dagegen die Gründung einer landeseigenen Wohnungsbaugesellschaft, die vor allem die Kommunen unterstützt, die keine eigenen Baugesellschaften haben. Es geht darum, bei der Koordinierung, rechtlichen Fragen und organisatorischen Aufgaben zu helfen.

Das ausgelaufene Programm zur Förderung von Wohneigentum muss umgehend wieder eingeführt werden – in gleicher Höhe, aber mit neuer Systematik. Die Förderpolitik des Landes muss insgesamt viel kundenfreundlicher werden. Dazu fordern wir auch ein Sofortprogramm „Bauen jetzt“.

Sozialer Wohnungsbau ist Ländersache. Das heißt: Die Landesregierung von CDU und Grünen hat es in der Hand, das Wohnen in NRW wieder besser zu machen.

Unser Ziel:

#BESSERWOHNENINNRW

